

INSM
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Leiter Kommunikation
Pressesprecher

wachs@in-sm.de
M +49 176 61649030

[in-sm.de](https://www.in-sm.de)

Berlin, 29.07.2024

Pressemitteilung

INSM-Umfrage: Große Mehrheit will Beamtenprivilegien abschaffen

Eine große Mehrheit in Deutschland will das Pensionsprivileg der Beamten abschaffen. Mehr als 81 Prozent sind dafür, dass neu eingestellte Staatsbedienstete künftig in die gesetzliche Rente einbezogen werden. Dies ergibt eine aktuelle repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unter 5000 Befragten. Aktuell gibt es etwa 5,2 Mio. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Davon sind 1,9 Mio. Beamte und Richter. Das sind 36,5 Prozent.

Der Wunsch, dass Beamtenverhältnis künftig abzuschaffen, gilt für die große Mehrheit nicht nur für Staatsbedienstete der Ministerialverwaltung, sondern auch für Kommunalverwaltungen, Lehrer und Professoren sowie die Finanzverwaltung. Lediglich im Polizeivollzugsdienst befürwortet eine Mehrheit von fast 61 Prozent den Beamtenstatus. Dieser Trend ist konsistent über verschiedene Altersgruppen, Bundesländer und Parteipräferenzen hinweg

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben kommentiert: „Das ist das Aufregertema schlechthin: während beim Rentensystem an allen Ecken und Enden Geld fehlt und umfangreiche Reformen nötig sind, bekommen Beamte einfach ungekürzt Luxus Pensionen, von denen Rentner nur träumen können.“ Deshalb herrsche bei der großen Mehrheit den Wunsch, in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes außer bei der Polizei, neue Mitarbeiter nur noch als normale Angestellte und nicht mehr als Beamte mit üppigen Pensionen einzustellen.“

Alsleben: „Interessant ist, dass in allen Altersgruppen und bei Anhängern aller Parteien der Systemwechsel weg von Verbeamtungen gewünscht ist. Die Politik wäre gut beraten, bevor sie Rentensteigerungen ausfallen lässt oder Rentenbeiträge erhöht, erst einmal die Verbeamtungen zu stoppen.“ Sonst, so Alsleben, werde es nie Akzeptanz für die dringend nötige Rentenreform geben.

Beamtenpensionen vs. Gesetzliche Rentenversicherung

Eine überwältigende Mehrheit von 81,4 Prozent der Befragten ist der Meinung, dass neu eingestellte Staatsbedienstete Teil der gesetzlichen Rentenversicherung werden sollten, anstatt weiterhin Beamtenpensionen zu erhalten. Nur 11,5 Prozent sind für die Fortführung der Beamtenpensionen, während 7,1 Prozent unentschieden sind. Diese Präferenz zeigt sich über alle Bundesländer hinweg mit minimalen Abweichungen, wobei beispielsweise in Baden-Württemberg 87,0 Prozent und in Sachsen 91,2 Prozent die gesetzliche Rentenversicherung bevorzugen

Präferenz für Angestelltenverhältnis in Ministerien

Die Umfrageergebnisse zur Beschäftigungsform in der Verwaltung der Ministerien zeigen, dass 76,8 Prozent der Befragten ein Angestelltenverhältnis bevorzugen. Nur 15,6 Prozent sprechen sich für das Beamtenverhältnis aus, während 7,6 Prozent unentschieden sind. Dieser Trend setzt sich ebenfalls in den Bundesländern fort.

Altersabhängige Unterschiede

Die Präferenz für das Angestelltenverhältnis variiert auch nach Altersgruppen. Bei den 18- bis 29-Jährigen bevorzugen 65,7 Prozent das Angestelltenverhältnis, während dieser Wert bei den 65+-Jährigen auf 80,0 Prozent ansteigt. Die Zustimmung für das Beamtenverhältnis sinkt in allen Altersgruppen deutlich ab, mit nur 10,3 Prozent bei den 40- bis 49-Jährigen und 6,8 Prozent bei den 65+-Jährigen.

Parteilpolitische Unterschiede

Parteilpolitische Präferenzen spielen ebenfalls eine Rolle. Wähler der CDU/CSU bevorzugen zu 78,3 Prozent das Angestelltenverhältnis, während Wähler der Linken mit 93,1 Prozent die höchste Zustimmung für diese Form der Beschäftigung zeigen. Auch AfD-Wähler sind stark für das Angestelltenverhältnis, mit einer Zustimmung von 87,3 Prozent

Verwaltung in Kommunen

Auch in der kommunalen Verwaltung zeigt sich ein ähnliches Bild: 80,4 Prozent der Befragten sprechen sich für ein Angestelltenverhältnis aus, während nur 12,4 Prozent das Beamtenverhältnis befürworten.

Lehrer

Bei Lehrkräften bevorzugen 64,9 Prozent der Befragten das Angestelltenverhältnis, während 27,4 Prozent das Beamtenverhältnis unterstützen. Wiederum zeigt sich eine parteipolitische Differenzierung, bei der Wähler der Grünen (66,1 Prozent) und der FDP (70,0 Prozent) das Angestelltenverhältnis stärker bevorzugen.

Professoren

Für Professoren sprechen sich 70,0 Prozent der Befragten für ein Angestelltenverhältnis aus, während 19,9 Prozent das Beamtenverhältnis befürworten. Dieser Trend zeigt sich auch hier in den Altersgruppen, wobei 75,8 Prozent der 50- bis 64-Jährigen und 54,5 Prozent der 18- bis 29-Jährigen das Angestelltenverhältnis bevorzugen.

Polizisten

Im Gegensatz zu anderen Berufen spricht sich die Mehrheit der Deutschen bei Mitarbeitenden im Vollzugsdienst der Polizei für den Beibehalt des Beamtenverhältnisses aus. Lediglich 33 Prozent wünschen auch bei Polizisten eine künftige Änderung rein zum Angestelltenverhältnis.

Insgesamt sind 72,5 Prozent der Befragten der Ansicht, dass mehr Polizisten eingestellt werden sollten. Nur 19,8 Prozent sind der Meinung, dass die aktuelle Anzahl ausreicht, und 7,7 Prozent sind unentschieden.